

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riefa
Grenzstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißen befähigter bestimmtes Blatt.

Postkassentor:
Dresden 1530.
Groschaff:
Riefa Nr. 52.

Nr. 112.

Sonnabend, 16. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterstellungsbelege — Erzähler an der Elbe — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riefaeranten oder der Besondereinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riefa.

Präsident Doumer und Deutschland.

Der überraschende Ausgang der französischen Präsidentschaftswahl muß vor allem zu der Betrachtung führen, welchen Ausgang diese Wahl auf das deutsch-französische Verhältnis, auf die französische und damit die europäische Außenpolitik hat. Briand war in seiner Einstellung bekannt. Wenn er auch die Interessen Frankreichs mit Nachdruck vertreten hat, so vertrat er es doch, eine Ausprägung der Außenpolitik zu verhindern und in der letzten Konsequenz Mittel zu sein. Europa hat zu ihm, dessen Lebensaufgabe schließlich das Panuropa wurde, das Vertrauen, er werde nach und nach alle Schärfe beiseite und die Politik der Vernunft an die Stelle des ausgeprochenen Nationalismus setzen. Englische Stimmen sagen Briand nach, er sei der Mann des Friedens geworden, die Bürgerschaft einer stetigen und konsistenten Außenpolitik. Seine Haltung zu dem deutsch-österreichischen Vorkriegsallianzvertrag mag bei uns Mißverständnis erregt haben, doch haben wir alle Urteile anzunehmen, Briand werde seinen Einbruch nicht auf die Spitze treiben und, sofern er die Möglichkeit sieht, die deutsch-österreichische Vorkriegsallianz mit jenem Europaplan zu vereinigen, sich bereit finden, von der Opposition abzulassen. Aus all diesen Gründen hätten wir die Wahl Briands gewünscht, und es scheint fast, daß er deshalb unterlegen ist, weil Frankreich auf den Wahlen nicht eine so ausgeprochene politische Persönlichkeit gegenwärtig war, die es verstand, sich immer und gegen alle Strömungen durchzusetzen und seinen Willen zur Geltung zu bringen.

Wer ist nun Doumer? Wie haben wir uns zu dieser französischen Präsidentschaftswahl zu stellen? Wichtig ist, um die zweite Frage vorweg zu beantworten, abzuwarten. Es ist nicht richtig, wenn man der Ansicht begegnet, der französische Präsident sei nur eine Dekoration und ohne Einfluß, der Mann, der keine Initiative zu geben hat und sich sonst der Politik fernhalten muß. Wir wissen aus dem Kriege, wie der französische Präsident die Macht ausübte, die Rechte um Deutschland zu legen und die Führung in die Hand zu nehmen. Auch Doumer kann, wenn er den Willen hat, einen starken Einfluß auf Senat und Kammer ausüben und jede Regierung so beeinflussen, daß seine politische Einstellung maßgebend wird. Schließlich kommt es immer auf die Persönlichkeit an, die das Amt erhält. Doumer muß sich aber erst als Politiker offenbaren. Soweit man seine politische Person betrachtet, ist sie umstritten. Man hört, er wäre stark nationalistisch. Daß die Rechte und die Mitte immer für ihn, vielfach gegen seinen Willen eingetreten sind, wird zwar als Beweis genommen, daß er, der frühere Radikale, sich rechts entwickelt habe. Aber man hört auch Stimmen, die ihm das Zeugnis größter Objektivität nachsagen und von ihm sagen, selbstverständlich gehe ihm das Wohl Frankreichs über alles, dessenungeachtet jedoch sei er mit Briand vergleichbar, der ihn selbst allen anderen Präsidentschaftskandidaten vorzog. Das heißt mit anderen Worten, Doumer soll Reizung haben, den Chauvinismus zu bekämpfen und dem Frieden, dem Ausgleich, der Völkerverständigung das Wort zu reden.

Die ganze Vergangenheit des neuen Präsidenten zeichnet einen Mann eisernen Fleisches und ungebeugten Willens. Umso mehr muß es auffallen, daß sein politischer Charakter so unbestimmt liegt und Rätsel aufgibt. Am 22. März 1857 als Sohn eines Arbeiters in der Stadt Auxillac geboren, lernte Doumer Graben, bildete sich in den Ruhestunden selbst fort und schaffte es bis zum Lehrer der Mathematik. Von der mathematischen Wissenschaft aber fand er den Weg in die Redaktion zunächst einer kleinen Lokalzeitung, der er zu radikale war. Er gründete deshalb selbst ein Blatt, die „Tribüne“, und von diesem aus nahm er seinen politischen Aufstieg. Schon mit 38 Jahren wurde er Finanzminister, gehörte immer Regierungen der Linken an und es wird behauptet, seine Einstellung habe dabei geführt, daß er mit der Verleumdung des Postens als Generalgouverneur nach Indochina kalt gestellt wurde. Schon einmal, im Jahre 1906 kandidierte er gegen Armand Fallières zum Präsidenten der Republik und galt zwar unterlegen, als der kommende Mann. Er wurde Senator und schließlich Präsident des Senats.

Obwohl er stets in vorderer Reihe stand, ist er außenpolitisch ein gänzlich unbeschriebenes Blatt. Nun legt er aber Wert darauf, daß Briand sein Amt als Außenminister weiter verwalte, und das erwidert bei uns den Eindruck, daß er die Bahn der französischen Außenpolitik nicht anders legen möchte. Politische Zeitungen erwähnen zwar, Doumer habe im Jahre 1927 die Verleumdung getan, ein starkes Votum sei in Element des Friedens in Europa, England und Frankreich seien berufen, die Verbindung im Westen, Polen sei berufen, die im Osten durchzuführen. Doch kann man wohl auf solche Verleumdungen nicht so großes Gewicht legen. Zwischen ist die Stellung Polens unklar und auch in Frankreich gibt nicht mehr die Auffassung, daß Polen den Frieden im Osten schützen könne. Sollte Briand abtreten, eine Abfahrt, die er zu tragen scheint, so wird es auf den Präsidenten Doumer ankommen, ob das, was der langjährige Außenminister aufbaut hat, erhalten bleiben soll. Ist es aber dem neuen Präsidenten wirklich ernst mit einer Versöhnungspolitik, so wird er alles daran setzen, um sich den Außenminister Briand so lange zu sichern, bis er selbst keine Eingriffe von Bedeutung mehr vorzunehmen braucht. Demnach bleibt uns nur übrig, abzuwarten, wie sich die Dinge in Frankreich weiter entwickeln. Die kommende Entwicklung hat für die deutsche Zukunft außerordentliche Bedeutung.

Rede Dr. Curtius' im Genfer Europa-Ausschuß.

Genf. (Zuspruch.) Unter unvermindert starkem Andrang des Publikums wurden die Beratungen des Europa-Ausschusses heute vormittag mit der Erörterung der wirtschaftlichen Fragen fortgesetzt.

Briand als Vorsitzender des Ausschusses begrüßte insbesondere die zu der heutigen Sitzung erschienenen europäischen Nichtmitgliedern des Völkerbundes, nämlich die Vertreter von Sowjetrußland, der Türkei und Island, sowie die Vertreter der gestern eingeladenen freien Stadt Danzig und sprach die Zuversicht aus, daß alle hier vertretenen Staaten aufrichtig und loyal zusammenarbeiten werden, um eine bessere Zukunft Europas zu schaffen. Briand eröffnete sodann die allgemeine Aussprache über die Wirtschaftsfragen.

Als erster Redner ergriff Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort. Dr. Curtius begrüßte den Beschluß des Ausschusses, zunächst eine allgemeine Aussprache über die Wirtschaftskrisis zu veranstalten. Er erklärte, es werde immer wieder notwendig sein, sich über die Hauptursachen der Krise, insbesondere in ihren europäischen Erscheinungsformen, klar zu werden, charakterisierte sodann die Hauptursachen dieser über Europa hinaus sich fühlbar machenden Krise, insbesondere die Ueberproduktion an Lebensmitteln und Rohstoffen, den Rückgang der Konsumkraft, die Steigerung der Kaufkraft des Goldes und die Störung der Kapital- und Geldmärkte, sowie vor allem den Verfall Europas in eine Anzahl von kleinen Wirtschaftskrisen. Gerade aus dieser Erwägung heraus sei der Antrag der deutschen Regierung hervorgegangen, hier einmal die gegenwärtige Lage Europas, wie sie durch die bestehenden Verhältnisse und durch den Mißerfolg der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete entstanden ist, zu prüfen. Dr. Curtius legte die unerfreulichen Verhältnisse in Europa an Hand beweissträchtigen Materials dar, und

ging sodann ausführlich auf den geringen Erfolg der bisherigen, unter den Auspizien des Völkerbundes veranstalteten Wirtschaftskonferenzen ein. Er betonte, daß gerade in der Frage des internationalen Güterausstausches und hauptsächlich bei Zollfragen die mehrseitigen Verhandlungen immer wieder gescheitert sind. Deshalb sei es notwendig, daß unter den heutigen Verhältnissen die Methode des Ausbaus von unten her durch regionale Verständigung, durch zweiseitige Verhandlungen beginne. Diese zweite Methode, die natürlich von vornherein die Tendenz zur Verallgemeinerung in sich tragen müßte, führe zweifellos zur Zollunionen. Der Gedanke regionaler Verständigung und der Plan der Zollunionen habe in den letzten Jahren wachsende Bedeutung erlangt. Dr. Curtius verwies auf die Bemühungen Englands und Dänemarks, Jugoslawiens und Rumaniens. Auch auf dem Gebiete der früheren Donaumonarchie sei immer wieder daran gearbeitet, und nicht die Einkaufskosten arbeiten seit Jahr und Tag an dem großen Plan, zwischen Deutschland und Frankreich eine Zollunion mit der Tendenz weiterer Ausdehnung zu schaffen.

Dr. Curtius erklärte sich bei dieser Gelegenheit bereit, mit jedem Lande, sei es groß oder klein, gleichfalls in einem Gedankenanstreben über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten und machte dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden. Er sprach schließlich die dringende Bitte aus, diese Aufforderung ernst zu prüfen. Er betonte außerdem, daß er bereit wäre, an allen Vorschlägen und Anregungen mitzuarbeiten, die zur Wiederherstellung Deutschlands und Europas beitragen geeignet wären.

Rundgebung des Papstes gegen den Sozialismus.

Die neue sozialpolitische Enzyklika.

In Rom. Anlässlich der 40. Wiederkehr des Jahrestages der Herausgabe der Enzyklika „*Rerum novarum*“ durch Leo XIII. hat Papst Pius XI. eine neue Enzyklika zur sozialen Frage erlassen. Das Rundschreiben, nach den ersten Worten „*Quadragesimo anno*“ geheißen, enthält drei Hauptteile. Im ersten würdigt der Papst die Bedeutung der „*Rerum novarum*“-Enzyklika für die Ausbildung einer Gesellschafts- und Wirtschaftslehre nach katholischen Grundsätzen. Im zweiten Teil werden die heutigen Verhältnisse einer besonderen Berücksichtigung unterzogen. Die Kirche habe nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, auch in soziale Fragen einzugreifen. Das Rundschreiben bestätigt die Eigentumslehre der Kirche.

Ueber das Verhältnis von Kapital und Arbeit ist erklärt, daß keiner von beiden Teilen den Gesamtverdienst ihres Zusammenwirkens beanspruchen könne. In der Vergangenheit, so wird angeführt, ergab sich zwischen Kapital und Arbeit zweifellos ein so starkes und ungerichtetes Mißverhältnis. Sehen wir doch auf der einen Seite ungeheure Vermögen in der Hand ganz weniger Ueberreicher zusammengeballt, auf der anderen Seite eine unerschöpfliche Masse von Lohnarbeitern, die nichts besitzen als ihre Arbeit. Eine Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist daher unerlässlich, in der Form, daß der gemeinsame Ertrag von Kapital und Arbeit mehr der Billigkeit entsprechend verteilt werden soll. Damit kommt die Enzyklika zu der von Leo XIII. so dringend verlangten Entproletarisierung der Proletarier. Die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse innerhalb der Menschheitsfamilie ist vom Schöpfer in dieser Weise absichtlich gewollt und kann nie verschwinden. Aber dauernde Proletarisierung kann nicht der Regelzustand sein für den größeren Teil der Menschheit. Allmählich muß die heilsvolle Lohnarbeiterschaft zu einer entsprechenden Wohlhabendheit gelangen können. Dieses Ziel ist in der bestehenden Ordnung der Dinge nur erreichbar im Wege gerechter und angemessener Löhne. Dem rechtlich gebundenen Arbeiter die Lohnhöhe nicht allein die Bestreitung seiner ererbten eigenen Lebenshaltung, sondern auch seiner Familienlast ermöglichen und ihm überdies gestatten, seine Lage in der bezeichneten Weise mit Erfolg zu verbessern.

In diesem Zusammenhange zeichnet der Papst dann die allgemeinen Umrisse einer Neuordnung der Gesellschaft nach dem Geboten der Gerechtigkeit. Anstelle des Klassenkampfes müsse sich die Welt zur einträchtigen Zusammenarbeit der Stände emporarbeiten. Die Arbeit darf nicht auf die Stufe einer beliebigen Ware gestellt werden. Es ist vielmehr in ihr immer die Menschenwürde des Arbeiters zu achten.

Im Schlußteil endlich gibt der Papst einen Gesamtüberblick über die gegenwärtige Lage des herrschenden Wirtschaftssystems. Ohne es an und für sich als schlecht zu verwerfen, kennzeichnet er es doch als stark mißbildet und an schweren Gebrechen krankend. Die allzuoft zügellose Konkurrenzfreiheit sei abgelöst worden durch die maßlose Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, nicht bloß innerhalb einzelner Volkswirtschaften, sondern wirklicher Weltmacht in den Händen ganz weniger Menschen, eine Machtanhäufung, die zur rückwärtsgehenden Willkürherrschaft entartete. Die einzige wirksame Abhilfe gegen diese Verfehlung bestehe in der Rückkehr zu den geordneten Grundsätzen christlicher Gesellschaftslehre und ihrer Wirkung auf das Kapital, die Arbeit und deren wechselseitigen Beziehungen.

Der Sozialismus habe seit der Zeit Leo XIII. tiefgehende Wandlungen durchgemacht und sich in zwei Richtungen gespalten. Die eine Richtung unter dem Namen Kommunismus führe die sozialen Grundzüge bis zu ihren äußersten Folgerungen durch. Ihre völlige Unvereinbarkeit mit der Lehre der Kirche steht außer jeder Erörterung. Die andere Richtung, die den Namen Sozialismus führt, habe vielfach starke Abstriche an ihrem Programm vorgenommen und sei in einer Reihe von Punkten mehr oder weniger den katholischen sozialen Prinzipien nahegekommen.

Trotzdem erklärt der Heilige Vater: Man kann nicht gleichzeitig gläubig Katholik und wirklicher Sozialist sein.

Er bedauert deshalb zum Schluß alle jene, die von trügerischen Hoffnungen genährt ins Lager des Sozialismus übergegangen sind, zur alsbaldigen Rückkehr zur katholischen Kirche.

Der Papst an die Pilger

Rom, 16. Mai.

Die aus Anlaß der 40-Jahrfeier der Enzyklika „*Rerum novarum*“ in Rom zusammengetriebenen Pilgerhorden aus achtzehn verschiedenen Ländern sind am Freitag vom Papst in Audienz empfangen worden. In einhalbstündiger Ansprache begrüßte der Papst in italienischer, deutscher und französischer Sprache die Pilger. Bezugnehmend auf die neue Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ erklärte der Papst, er wolle nicht nur die Bedeutung der *rerum novarum* seines großen Vorgängers Leo XIII. ins Gedächtnis zurückrufen, sondern die neue Enzyklika bezwecke eine Fortsetzung und Vertiefung der von Leo XIII. proklamierten sozialen Forderungen zur Anpassung an die neuen Zeitverhältnisse. Seine päpstliche Ermahnung sah er zusammen in die drei Worte Gebet, Tat und Opfer, die nicht nur ins Leben des Einzelnen und der Familien, sondern auch ins Leben der großen Gemeinschaften Liebe, Gerechtigkeit und Frieden zwischen allen Klassen führen sollten. Sie seien auch Leitsterne für das soziale Postulat.